



PRESSEMITTEILUNG

Zahl der Wohnungslosen in Deutschland weiter gestiegen

BAG Wohnungslosenhilfe: 284.000 Menschen wohnungslos, Tendenz steigend

Berlin / Bielefeld, 01. 08. 2013. Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), der Dachverband der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, sieht einen drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit in Deutschland: 2012 waren ca. 284.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung, 2010 waren es noch 248.000 – ein Anstieg um ca. 15 %. Die BAG W prognostiziert bis 2016 sogar einen weiteren Anstieg der Wohnungslosigkeit um ca. 30 % auf dann 380.000 Menschen. Die Zahlen präsentierte der Verband am Donnerstag in Berlin.

„Wir müssen leider davon ausgehen, dass das Ausmaß der Wohnungslosigkeit zwischen 2010 und 2012 sogar noch dramatischer gestiegen ist als erwartet“, erklärte Thomas Specht, Geschäftsführer der BAG W.

In Deutschland gibt es keine bundeseinheitliche Wohnungsnotfall-Berichterstattung auf gesetzlicher Grundlage. Seit Jahren fordert die BAG W die jeweiligen Bundesregierungen auf, umgehend einen entsprechenden Gesetzesentwurf ins Parlament einzubringen. Solange dieser Missstand besteht, muss die BAG W Schätzungen vornehmen, um überhaupt zu einer bundesweiten Bewertung der Situation kommen zu können.

Anstieg der Zwangsräumungen und „kalten“ Wohnungsverluste

Insgesamt gab es 65.000 neue Wohnungsverluste in 2012, darunter ca. 25.000 (38 %) Zwangsräumungen und ca. 40.000 (62 %) „kalte“ Wohnungsverluste. Bei „kalten“ Wohnungsverlusten kommt es nicht zu Zwangsräumungen, sondern der/die Mieter „verlassen“ die Wohnung ohne Räumungsverfahren oder vor der Zwangsräumung. Dies tritt vor allem bei alleinstehenden Mietern auf. „Ein ausschließlicher Blick auf die Zwangsräumungszahlen verkennt das Ausmaß neu entstehender Wohnungslosigkeit“, erklärte Thomas Specht.

Gleichermaßen Anstieg in Ost- und Westdeutschland

In Ostdeutschland gab es ca. 35.000 (+ 5.000) und in Westdeutschland ca. 249.000 (+33.000) wohnungslose Menschen.

Straßenobdachlosigkeit nimmt zu

Auch die Zahl der Menschen, die ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, stieg von ca. 22.000 in 2010 auf ca. 24.000 in 2012 - eine erneute Steigerung um ca. 10 %!

10 % der Wohnungslosen minderjährig

Ca. 178.000 (64 %) wohnungslose Bürger sind alleinstehend, 106.000 (36 %) leben mit Partner und/oder Kindern. Bezogen auf die Gesamtgruppe der im Jahr 2012 Wohnungslosen schätzt die BAG W die Zahl der Kinder und minderjährigen Jugendlichen auf 11 % (32.000), die der Erwachsenen auf 89 % (252.000).

Der Anteil der erwachsenen Männer liegt bei 75 % (189.000); der Frauenanteil liegt bei 25 % (63.000).

Die Dienste der frei-gemeinnützigen Wohnungslosenhilfe betreuten ca. 140.000 Menschen aus diesem Bereich.

Zahl der bedrohten Wohnverhältnisse steigt ebenfalls deutlich: insgesamt 414.000 Wohnungsnotfälle

Weitere ca. 130.000 Menschen waren in 2012 (2010: 106.000) von Wohnungslosigkeit bedroht, d. h. bei ihnen stand der Verlust der Wohnung unmittelbar bevor.

In 2012 zählten demnach insgesamt ca. 414.000 Menschen zu den sog. Wohnungsnotfällen, also akut Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit Bedrohte, in 2008 waren es noch 354.000.

Prognose bis 2016: bis zu 380.000 wohnungslose Menschen in Deutschland

Angesichts der sozialen und politischen Rahmenbedingungen werden sich die beschriebenen Trends weit über 2012 hinaus fortsetzen, so dass mit einem weiteren Anstieg zu rechnen ist. Deshalb prognostiziert die BAG W einen Anstieg der Wohnungslosenzahlen auf 380.000 (+33 %) bis zum Jahr 2016.

Ursachen für die steigende Zahl der Wohnungslosen: Hohe Mieten, Verarmung und Fehlentscheidungen bei Hartz IV

Nach Meinung der BAG W sind im Wesentlichen fünf Faktoren maßgeblich für den dramatischen Anstieg der Wohnungslosenzahlen und dessen Fortsetzung in den kommenden Jahren:

- das **extreme Anziehen der Mietpreise**, ins. in den Ballungsgebieten bei gleichzeitig verstärkter **Zunahme der Verarmung** der unteren Einkommensgruppen
- ein **unzureichendes Angebot an preiswertem Wohnraum** in Verbindung mit dem ständig schrumpfenden sozialen Wohnungsbestand, dem nicht durch Neubau und soziale Wohnungspolitik gegengesteuert wurde
- **Verarmung der unteren Einkommensgruppen** in engem Zusammenhang mit der Dauerkrise am Arbeitsmarkt, die nicht zu einem Absenken der Zahl der Langzeitarbeitslosen geführt hat. Zugleich hat sich der Niedriglohnsektor aufgrund eines fehlenden Mindestlohns weiter extrem ausgedehnt.
- andauernde **schwerwiegende sozialpolitische Fehlentscheidungen bei Hartz IV**: Sanktionierung auch bei den Kosten der Unterkunft von jungen Erwachsenen, unzureichende Anhebung des ALG II - Regelsatzes, Zurückfahren der Arbeitsförderungsmaßnahmen
- **unzureichender Ausbau von Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten** in Kommunen und Landkreisen. In vielen Fällen könnte bei Meldung des drohenden Wohnungsverlustes an eine entsprechende Fachstelle Wohnungslosigkeit vermieden werden. Doch viel zu wenige Kommunen und Landkreise, ins. in Ostdeutschland, machen von den gesetzlichen Möglichkeiten (SGB II und SGB XII) zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit Gebrauch.

Drastische Umsteuerung gefordert

Thomas Specht: „Wir fordern diese und die künftige Bundesregierung auf, die Lebenslagen von verarmten und wohnungslosen Menschen endlich zur Kenntnis zu nehmen und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung auf den Weg zu bringen. Deswegen fordert die BAG Wohnungslosenhilfe e.V. folgende Sofort-Maßnahmen gegen den weiteren Anstieg der Wohnungslosigkeit:

- eine feste Verankerung der Wohnungspolitik auf der Ebene des Bundes
- eine aktive soziale Wohnungsbaupolitik der Länder und Kommunen

- alle Länderregierungen und die Bundesregierung sind gefordert, umgehend eine Wohnungsnotfallstatistik einzuführen. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland mit einer solchen Wohnungsnotfallstatistik. Andere Bundesländer können dieses Modell sofort übernehmen.
- verbindliche Kriterien zur Festlegung der Mietobergrenzen - keine Pauschalierung der Kosten der Unterkunft; eine sozialräumliche Differenzierung dieser Mietobergrenzen sowie Einzelfallprüfungen zur Angemessenheit der Miete und die Übernahme von Schulden für Unterkunft und Heizung auch als Beihilfe im SGB II
- eine Mietpreisbremse, die den Anstieg von Neu- und Wiedervermietungsmieten bei 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete deckelt
- einen konsequenten Ausbau der Prävention von Wohnungsverlusten, u. a. durch ein Programm des Bundes und der Bundesländer zum Auf- und Ausbau von Zentralen Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten

6.400 Zeichen

Über eine Berücksichtigung unserer Pressemitteilung in Ihrer Berichterstattung freuen wir uns, bei Ihren Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Dr. Thomas Specht, Geschäftsführer BAG W

Werena Rosenke, stellvertretende GF, Leitung Presse / ÖA, werenarosenke@bagw.de

Da die Pressekonferenz in Berlin stattgefunden hat, am Donnerstag, den 1. August nur mobil:

(01 51) 16 70 03 03.

Mit freundlichen Grüßen



Werena Rosenke

Schätzung der Wohnungslosigkeit in Deutschland 2003-2012*

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011***	2012
Wohnungslose in Mehrpersonenhaushalten	167000	148000	132000	103000	97000	91000	89000	94000	93000	106000
	-7	-11	-11	-22	-6	-6	-2	6	-1	14
Wohnungslose Einpersonenhaushalte	143000	144000	129000	145000	139000	132000	145000	152000	165000	178000
	-5	1	-10	12	-4	-5	10	5	9	8
Wohnungslose insgesamt (ohne Aussiedler)	310000	292000	261000	248000	236000	223000	234000	246000	258000	284000
<i>(ohne wohnungslose Aussiedler)</i>	-6	-6	-11	-5	-5	-6	5	5	5	10
Wohnungslose Aussiedler	65000	53000	37000	8000	6000	4000	3000	2000	entfällt**	entfällt**
	-19	-18	-30	-78	-25	-33	-25	-33		
Alle Wohnungslosen (mit Aussiedlern)	375000	345000	298000	256000	242000	227000	237000	248000		
	-9	-8	-14	-14	-5	-6	4	5		
Bandbreite +/- 10%	413000	380000	328000	282000	266000	250000	261000	273000	284000	312000
	338000	311000	268000	230000	218000	204000	213000	223000	232000	256000

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Bielefeld, den 01. August 2013 www.bagw.de

*Es werden die letzten 10 Jahre der Entwicklung dargestellt.

**Ab 2011 werden Aussiedlerzahlen wg. Geringfügigkeit nicht mehr ausgewiesen.

* Ab 2011 wird ein optimiertes Schätzmodell verwandt, das zu einem höheren Einpersonenhaushaltsanteil führt. Insoweit ist der Rückgang der Mehrpersonenhaushalte von 2010 auf 2011 modellbedingt.

